

Neo verhaftet – Der Robin Hood von Lettland

Von Axel Reetz

Mit einem Steuerdatenskandal bei der lettischen Finanzverwaltung begann im Februar 2010 alles. Jetzt wurde der 31jährige Informatiker Ilmārs Poikāns verhaftet. Unter dem aus dem Hollywood-Film „Matrix“ entlehnten Pseudonym „Neo“ hatte ein Unbekannter Wochenlang per Twitter Gehaltslisten staatlicher Behörden publiziert. Poikāns behauptete in einer Pressekonferenz,



Neo zu sein, und wurde wegen seines kooperativen Verhaltens von der Polizei zunächst wieder auf freien Fuß gesetzt, während Innenministerin Linda Mūrniece öffentlich Zweifel bekundete, dass Poikāns wirklich Neo ist und nicht etwa die Journalistin Ilze Nagla, mit welcher er bei der Publikation der Steuerdaten zusammenarbeitete und mit der er seit Jahren bekannt ist. Poikāns und Nagla bestreiten dies. Die Journalisten erklärten, dass die Innenministerin wohl ihre Computerkenntnisse bei weitem überschätze. Poikāns erklärt, er habe seine Gespräche mit Nagla mit verstellter Stimme geführt, sie habe von seiner Identität zu diesem Zeitpunkt keine Kenntnis gehabt. Trotzdem wurde die Wohnung der Journalistin durchsucht. Das in Wien ansässige Internationale Presseinstitut kritisierte Lettland deswegen und Journalistenkollegen sprachen von einem Angriff auf den Informantenschutz. Die Opposition verlangte den Rücktritt von Mūrniece. Die Innenministerin verteidigte sich, bei der Durchsuchung habe sich die Polizei nur für Hinweise auf die Identität von Neo interessiert. Sie konnte jedoch im Interview nicht erklären, wie der Schutz anderer auf der Festplatte des Computers der Journalistin von der Polizei garantiert unberücksichtigt bleiben sollte. Das Parlament entzog ihr das Vertrauen dennoch nicht.

Mūrniece war bereits vergangenes Jahr nach einer nicht genehmigten und nicht angekündigten Demonstration in Bauska gegen die Schließung des örtlichen Krankenhauses durch scharfe Kritik aufgefallen. Die Menschen hatten damals eine Brücke blockiert und damit den Verkehr auf der Via Baltica stark behindert. Die Aktion war eine via Internet organisierte spontane Reaktion der örtlichen Bevölkerung. Mūrniece versprach mit aller Härte nach den Verantwortlichen zu suchen.

Neo war nach eigenen Angaben eher zufällig an die sensiblen Daten geraten als er seine eigenen Daten elektronisch deklarieren wollte. Den eigenen Datensatz zu bearbeiten, gelang ihm zwar nicht, dafür erkannte er plötzlich, dass er die Datensätze zahlreicher Fremder einsehen konnte. Die Entscheidung zur Publikation kam, nachdem im Februar veröffentlicht, das Leck bekannt geworden war. Da hatte er 7,4 Millionen Datensätze mit einem Umfang von 120GB heruntergeladen.

Auf die Frage, warum er seine Entdeckung nicht einfach den Behörden gemeldet hatte, sagte Poikāns auf der Pressekonferenz lakonisch, er hätte dann erklären müssen, kein Kamel zu sein. Nichtsdestotrotz habe er von Beginn an damit gerechnet, früher oder später von der Polizei entdeckt zu werden. Die Hackergruppe „Volksarmee des vierten nationalen Erwachens“ sei aber eine Erfindung. Das nationale Erwachen geht in Estland und Lettland auf Studentenbewegungen während des 19. Jahrhunderts zurück.

Während es Neo bald als der Robin Hood von Lettland in die deutsche Presse schaffte und sogar das Europamagazin der ARD berichtete, war dieses Thema vor Ort eher online aktuell. Dabei gibt es durchaus nicht nur begeisterte Kommentare. Inzwischen wird es jedoch kaum jemanden geben, der noch nicht von Neo gehört hat. Nach seiner Festnahme kam es gar zu Demonstrationen. Schnell wurde spekuliert, ob Neo nicht in die Politik gehen werde, doch hier winkte Poikāns ab.

Dass Poikāns schwer gegen den Datenschutz verstoßen hat, ist vielen Landsleuten ebenfalls bewusst.

Kommentare, man wolle gar nicht wissen, was „die da oben“ so verdienen, mag persönlicher Frustration entspringen. Hintergrund ist nicht nur die Enttäuschung über die politische Elite des Landes, sondern die Unverfrorenheit für lettische Verhältnisse exorbitant hoher Gehälter.

Dazu einige Beispiele: Wenn der Präsident mehr als 3.000 LVL verdient, das sind rund 4.500 Euro, dann kann zur Not auf ein gern auch in Deutschland diskutiertes Argument zurückgegriffen werden, dass kompetente Menschen in die Politik nur mit konkurrenzfähigen Bezügen gelockt werden können. Wenn aber die Mitarbeiter des Präsidialamtes durchschnittlich 844 LVL erhalten – die Pressesprecherin beispielsweise 2.237 LVL, während zahlreiche Menschen entweder ihren Job verloren haben oder ihnen aber wenigstens das Einkommen teilweise drastisch gekürzt wurde – 20 bis 40 Prozent sind nichts Ungewöhnliches im Rahmen der inneren Abwertung, welche die Regierung realisierte, um die Landeswährung nicht überhaupt abwerten zu müssen – dann ist Empörung keine Überraschung.

Zum Vergleich, der offiziell staatlich festgelegte Mindestlohn stieg in den vergangenen Jahren gemeinsam mit den Durchschnittseinkommen schnell und beträgt derzeit 180 LVL, also knapp 300 Euro.